

## Vortrag: „Integration in der postmigrantischen Gesellschaft“

---

*Prof. Dr. Naika Foroutan, Humboldt-Universität zu Berlin*

### **1. Zentrale Daten und Kernfragen zur postmigrantischen Gesellschaft**

Gemäß dem Migrationsbericht der Bundesregierung belief sich im Jahr 2014 die Nettozuwanderung nach Deutschland auf insgesamt 550.483 Personen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016: 14). Das stellt die höchste Einwanderung seit über 20 Jahren dar – also seit dem so genannten Asylkompromiss im Jahr 1993, durch den die Zuwanderung nach Deutschland massiv eingeschränkt wurde und in der Folge abnahm. 2008 und 2009 ergab sich sogar ein negatives Wanderungssaldo, so dass Deutschland de facto zum Auswanderungsland wurde (vgl. ebd.). Erst die Finanz- und Eurokrise hat die Zuwanderungszahlen nach Deutschland seit 2010 wieder ansteigen lassen. Gleichzeitig hat die deutsche Wirtschaft den demographischen Wandel und die Notwendigkeit von Zuwanderung öffentlich thematisiert. 2014 lebten 16,4 Mio. Menschen mit einem so genannten Migrationshintergrund in Deutschland. Diese machten 20,3 Prozent der deutschen Bevölkerung aus. Im Jahr 2014 besaß mit 9,2 Mio. der Großteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsangehörigkeit, 7,2 Mio. waren Ausländer (ebd.: 141). Ein Viertel der Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind muslimischen Glaubens; von ihnen besitzt knapp die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit. Der überwiegende Teil der in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund kommt aus einem Land in Europa; in den letzten fünf Jahren ist ihr Anteil aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich angestiegen. So kamen im Jahr 2014 fast drei Viertel aller zuwandernden Personen (73,8 Prozent) aus einem anderen europäischen Staat nach Deutschland (ebd.: 15).

Diese Zahlen belegen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, welches durch starken demographischen Wandel sowie durch zunehmende kulturelle, ethnische, religiöse und nationale Vielfalt geprägt ist. Die Verflechtung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Beruf, Familie und Alltag – durch die sich persönliche Allianzen ergeben: Partnerschaften, Ehen, eingetragene Partnerschaften und –söhne, Verschwägerung, Kinder und Freunde - führt dazu, dass dieser Migrationshintergrund eine gelebte Realität für mehr als nur die Gruppe der Migranten ist und deshalb das Migrantische auch mehr Menschen betrifft (vgl. Foroutan et al. 2014: 38). Diese persönlichen Allianzen in der Familie und im Freundeskreis sind sowohl von der Selbst- als auch von der Fremdwahrnehmung des Migrantischen direkt oder indirekt betroffen. Bei 16 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund (also ca. 20 Prozent der Bevölkerung) können wir unter Einbeziehung der familiären Allianzen von ca. 35 Prozent der Gesamtbevölkerung sprechen, die von dieser Kategorie „Migrationshintergrund“ betroffen sind.

Wenn 35 Prozent der Bürger in Deutschland bereits Familienmitglieder mit Migrationshintergrund haben, dann wird es also zunehmend schwerer, die Gesellschaft anhand der Trennlinie von Migration zu betrachten, da diese einen immer größeren Teil der Bevölkerung betrifft (vgl. ebd.). Die Selbstwahrnehmung der Gesellschaft geht zunehmend über das Migrantische hinaus, und sie verhandelt gesellschaftliche Positionierung, Rechte und Selbstverständnisse unter dem Stichwort der Chancengleichheit: Migration und Einwanderung sind als konstituierende gesellschaftliche Basis politisch anerkannt, konkurrierende Normen und Werte werden vielfältig ausgehandelt, Allianzen anhand der Haltung zu Vielfalt und Diversität ausgebaut sowie Abgrenzungen gegenüber rechtspopulistischen Parteien über die Grenzen des eigenen Migrationshintergrunds hinweg formuliert. Gleichzeitig wachsen in postmigrantischen Gesellschaften die sichtbaren antagonistischen Positionen, rechtspopulistische Diskurse mit einer stark einwanderungsfeindlichen und spezifisch muslimfeindlichen Rhetorik werden bis in die Mitte der Gesellschaft salonfähig (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2014). Diese Ambivalenzen prägen die Gesellschaft bei der Transformation von einem Einwanderungsland hin zu einer durch Ein- und

Auswanderung geprägten postmigrantischen Gesellschaft, die ihre Migrationsrealität zunehmend als gesetzt begreift und nun über das Migrantische hinaus eine neue Selbstbeschreibung aushandelt.

Das Statistische Bundesamt veröffentlichte bereits erste Schätzungen für das Jahr 2015 und zwar auf Basis des sogenannten EASY-Registrierungssystem, dem Registrierungssystem, das Erstregistrierungen vornimmt und diese ans Bundesamt für Migration und Flüchtlinge meldet. Dort gab es eine Erstregistrierungsquote von fast zwei Millionen, wobei zu erwarten ist, dass es hier zu Zweifach- und Dreifachregistrierungen gekommen ist. Nach Abzug der Personen, die letztes Jahr das Land verließen, ist mit einem Saldo von 1,1 Millionen zu rechnen, also nach Abzug derjenigen, die im letzten Jahr fortgewandert sind (Statistisches Bundesamt 2016).

Der Wanderungssaldo läge damit nicht nur über dem Ergebnis des Vorjahres, (nämlich +550.000), sondern es liegt sogar über dem bisherigen Rekordwert des Jahres 1992 mit knapp 800.000. Im Jahr 1992 hatten wir es mit einer unvergleichbar schwierigeren wirtschaftlichen und strukturellen Situation zu tun, einer Phase der ansteigenden Arbeitslosenzahlen, die Wiedervereinigung war eine große strukturelle und emotionale Herausforderung und es war eine Zeit, in der es sehr stark auch soziale Unruhen im Land gab, besonders später in Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Mölln im Zuge des ansteigenden Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit.

Derzeit haben wir eine finanzstabile Zeit und ein Saldo von 1,1 Millionen. Vielleicht, in Kenntnis dieser Zahlen, kann man ein wenig verstehen, wieso Angela Merkel so selbstbewusst sagen konnte: ‚Wir schaffen das‘. Immerhin hat Deutschland das Jahr 1992 auch gut überwunden und in Anbetracht der derzeitigen Situation – der Finanzstabilität, der geringen Arbeitslosenzahlen – kann man auch jetzt in der Tat sagen, dass wir es geschafft haben, aus einer sehr schwierigen Zeit mit einer ähnlich hohen Ziffer stabil herauszukommen.

## 2. Ambivalente Einstellungen zu Migration, Flucht und Muslimen

Im Jahr 2014 haben wir zum gesellschaftlichen Wandel in der postmigrantischen Gesellschaft eine großangelegte Befragung erhoben und ausgewertet. Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf einem Datensatz mit über 8000 Befragten zu Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland gegenüber Gesellschaft, Religion und Identität. Die Daten wurden in Zusammenarbeit mit dem an der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelten Zentrum für empirische Sozialforschung (ZeS) erhoben. Die Größe des Datensatzes (n=8270) und die disproportional geschichtete Stichprobe erlauben es, Aussagen nicht nur für Gesamtdeutschland, sondern auch für einzelne Bundesländer zu treffen.

Der Umgang mit kulturellen, ethnischen, religiösen und nationalen Minderheiten wird in der Studienreihe Deutschland postmigrantisch exemplarisch am Beispiel der Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland als der größten religiösen Minderheit in diesem Land erhoben. Die Islam- und Muslimbilder dienen dabei als Gradmesser der gesellschaftlichen Haltung gegenüber einer sich pluralisierenden und heterogenisierenden Gesellschaft, die hier als postmigrantisch bezeichnet werden soll.

Wir wollten erfahren, wie hoch die Befragten den Anteil der Muslime an der Bevölkerung in Deutschland einschätzen. Dies sollte uns auch eine Einschätzung liefern, wie präsent Muslime in der Wahrnehmung der Bevölkerung sind. Während dieser Anteil real zwischen 4 und 5 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt (Haug/Müssig/Stichs 2009: 80), wird er von 69 Prozent der Befragten teilweise stark überschätzt. 21,6 Prozent der Befragten vermuten den Anteil der Muslime an der Bevölkerung bei zwischen 11 und 20 Prozent. Der Anteil der Befragten, die den Anteil der Muslime mit 21 Prozent und mehr sehr stark überschätzen, liegt bei 23 Prozent.

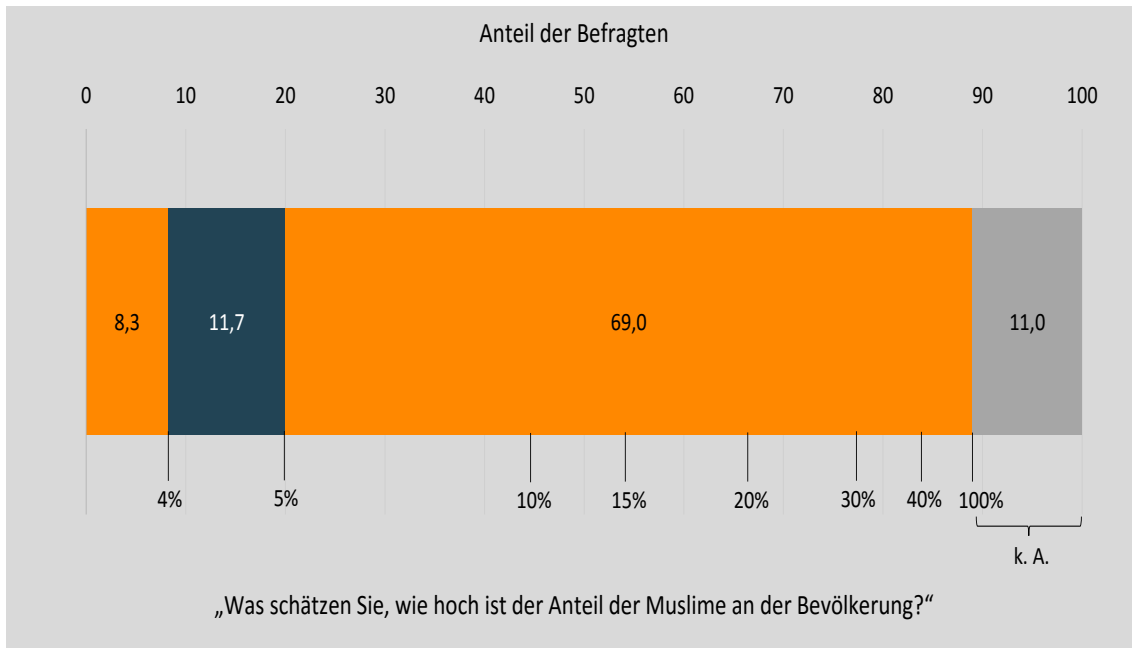


Abbildung 1: Überschätzung des muslimischen Bevölkerungsanteils

Und da müssen wir uns die Frage stellen, woher kommt diese Dominanz dieser Wahrnehmung und diese Fehlwahrnehmung, obwohl die empirischen Daten ja abrufbar sind?

Zwischen dem geschätzten Anteil der Muslime in Deutschland und einem subjektiven Bedrohungsgefühl besteht ein Zusammenhang: Die Personen, die deutlich höher schätzen, den Anteil also mit 21 Prozent und mehr angeben, stimmen auch eher der Aussage „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte.“ zu.

Bei der Schätzung des Anteils der Muslime unterscheiden sich Personen mit einem starken Bezug zur nationalen Identität nicht wesentlich von jenen, die keinen starken Bezug zur nationalen Identität haben. Allerdings zeigt sich ein Zusammenhang zwischen starker nationaler Identifikation und der Wahrnehmung von Muslimen als Bedrohung: So stimmen 32,3 Prozent der Personen, die es wichtig finden, als Deutsche/r gesehen zu werden, der Aussage „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte“ zu, im Unterschied zu 19,1 Prozent, aus der Gruppe, die es nicht wichtig finden, als Deutsche/r gesehen zu werden.

Wir wissen aus der Forschung zu Vorurteilen und Stereotypen, dass eine sogenannte „Outgroup“ immer eine Bedeutung für die „Ingroup“ hat: Die Bilder, die es in Deutschland über Musliminnen und Muslimen gibt, sagen auch etwas aus über die Selbstbilder, Ängste und Projektionen der nicht-muslimischen Bevölkerung. Diese haben wir nochmal abgefragt, wir haben die Bevölkerung am Telefon nach der Zustimmung oder Ablehnung zu den folgenden Items befragt. Das eine war: „Sind Muslime aggressiver als wir?“ Ungefähr jeder Vierte sagte ja. „Muslimische Eltern sind genauso bildungsorientiert wie wir“, fanden 55 Prozent, also ungefähr jeder Zweite war sich sicher, dass muslimische Eltern genauso bildungsorientiert seien, also auch Bildung für ihre Kinder wünschen.

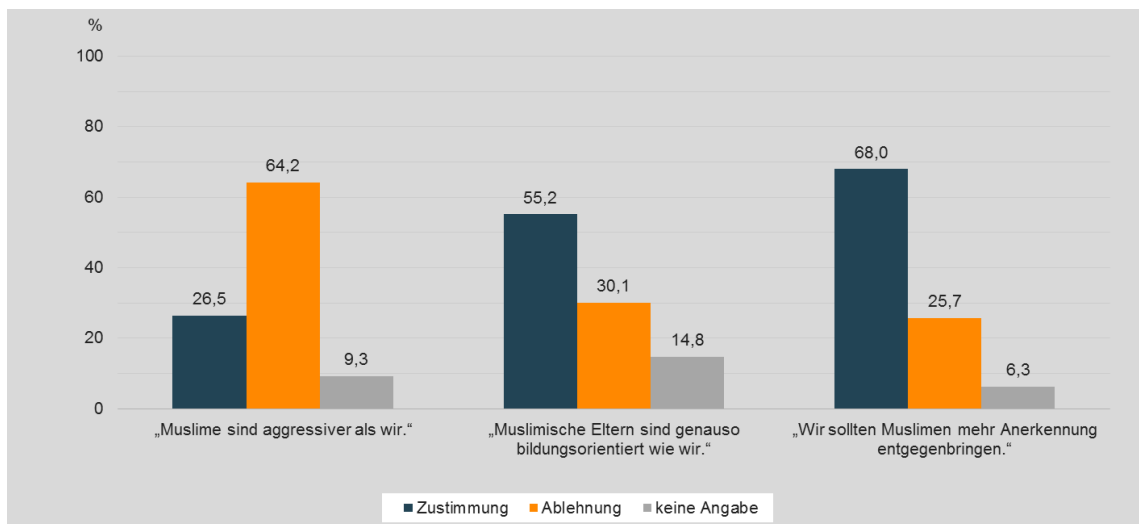


Abbildung 2: Exklusion aus dem nationalen Narrativ

Unweigerlich kommen wir also auf die Frage, die wir auch den Befragten stellten, nachdem sie auf die Stereotypisierung geantwortet hatten: „An wen haben sie eigentlich gedacht bei dem ‚Wir‘?“. Auffallend oft (ca. 40 Prozent) wurde daraufhin geantwortet „wir Deutschen“, „die deutsche Bevölkerung“, „die deutsche Gesellschaft“ oder Ähnliches.



Das Ganze konnten wir noch einmal weiter prüfen, wir haben dann die Menschen gefragt, was denn für sie Deutschsein bedeutet und welche Kriterien für die Bevölkerung eigentlich wichtig sind, um Deutscher zu sein. Da stellten wir fest, fast hundert Prozent sagten: „Deutsch sprechen zu können“. Und eine sehr hohe Zahl, an die 80 Prozent sagte: „die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen“. Das sind zwei sehr eindeutige Items, die ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht vergegenwärtigen. Man erkennt an, Deutscher kann man *werden*, man sollte dazu die Sprache sprechen und die Staatsangehörigkeit besitzen. Gleichzeitig schränkten die Menschen das jedoch wieder ein, 40 Prozent sagten: „Ja, es reicht nicht deutsch zu sprechen, man muss akzentfrei deutsch sprechen können.“ Ja, jetzt können Sie sich überlegen, was das für Dresden bedeutet. In der Tat sind aber damit wahrscheinlich nicht Dialekte gemeint, sondern es ist dieser Moment, dass man bei kleineren Fehlern schon heraushört, dass jemand nicht schon immer hier war. Bei kleinen Artikelfehlern kann man das schon hören, dass ist eine schwierige komplexe und komplizierte Sprache, die man manchmal nicht bis zur Perfektion erlernen kann. Aber trotzdem kann man Kant lesen und Nietzsche lesen und sich auch deutsch fühlen, trotz kleinerer Artikelfehler, aber das ist etwas, was sich wahrscheinlich noch irgendwann ins Bewusstsein umsetzen wird.

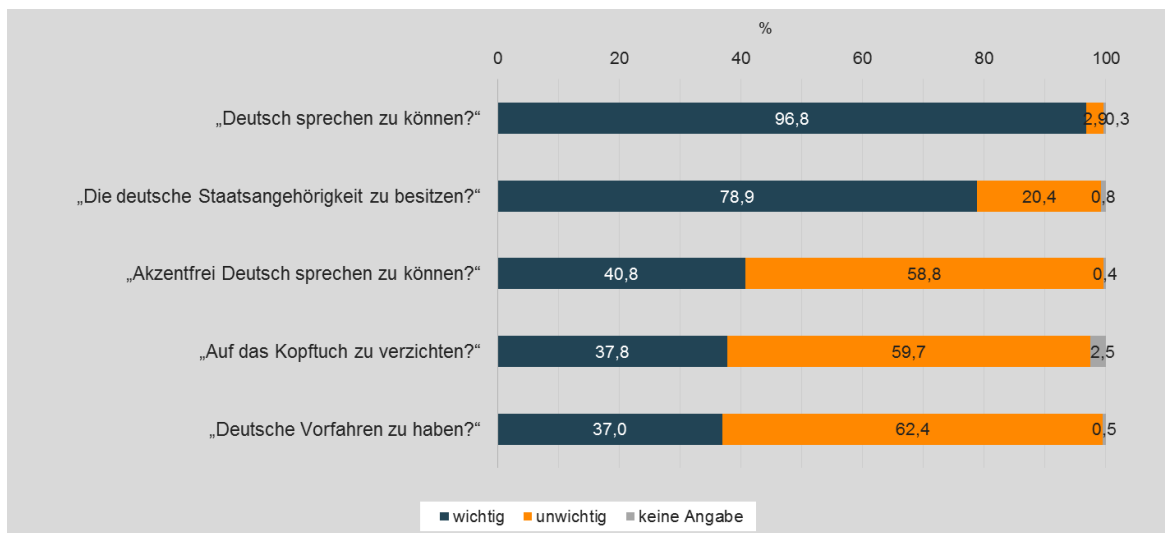


Abbildung 4: Narrationen des Deutschseins

Für uns war es eher spannend, weil wir die Frage nach dem Umgang mit den Minderheiten diskutiert haben, dass auch ungefähr knapp 40 Prozent meinten, man



müsse auf das Kopftuch verzichten, um Deutsch zu sein. Das ist wiederum diese Ambivalenz, die ich ihnen aufgezeigt habe. Auf der einen Seite gibt es offensichtlich ein hohes kognitives Bewusstsein dafür, dass sich dieses Land verändert hat, dass sich die Staatsangehörigkeit verändert hat, dass das Land vielfältiger geworden ist und immer mehr Menschen, die nicht so aussahen oder aussehen und keine deutsch-per-se klingenden Namen haben, auch Deutsche geworden sind. Trotzdem reicht es nicht aus, deutsch sprechen zu können und die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen; wenn man ein Kopftuch trägt, dann finden knapp 40 Prozent, könne man nicht deutsch sein. Und weiterhin sind 37 Prozent der Meinung, man muss eigentlich doch deutsche Vorfahren haben.

Dieses Outgrouping von Muslimen aus der kollektiven Gemeinschaft lässt sich auch anhand einiger kontrovers geführter Debatten um die kulturelle, sozial-räumliche und symbolische Anerkennung religiöser Vielfalt beobachten. Diskussionen um Beschneidung, Moscheebau und Kopftuch – die hier kulturelle, sozial-räumliche und symbolische Anerkennung exemplifizieren sollen – prägen in den letzten Jahren immer wieder den politischen Diskurs und verdeutlichen mit welchen Einschränkungen religiöser Rechte Muslime in der deutschen Einwanderungsgesellschaft konfrontiert sind. Wie wird kulturelle, sozial-räumliche und symbolische Anerkennung von Muslimen von Seiten der Bevölkerung in Deutschland bewertet?

In unserer Erhebung wurden die Befragten nach ihrer Haltung zu politischen Themen in Bezug zu Muslimen gefragt, um festzustellen wie die Bevölkerung in Deutschland verfassungsrechtlich legitimierte Partizipationsrechte von Muslimen bewertet. Drei Aussagen befassten sich mit der kulturellen, sozial-räumlichen und symbolischen Anerkennung von Muslimen („Die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen sollte verboten werden.“; „Eine muslimische Lehrerin sollte das Recht haben, im Schulunterricht ein Kopftuch zu tragen.“; „Der Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen sollte in Deutschland eingeschränkt werden.“).

Wir konnten feststellen, dass auf einer abstrakten Ebene die Anerkennung sehr hoch war – aber wenn es konkret wird, dann fehlt die Bereitschaft zur Gewährung von

Anerkennung, Teilhabe und Partizipationsrechten. Die nicht-muslimische Bevölkerung hat eine ambivalente Haltung zu Muslimen als sichtbarer politischen Akteuren: Auf der einen Seite finde eine deutliche Mehrheit (67 Prozent), dass es das gute Recht von Muslimen in Deutschland ist, Forderungen zu stellen und fast ebenso viele sagen, man sollte Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen. Ein Fünftel (20 Prozent) der Bevölkerung aber ist der Meinung, wenn Muslime Forderungen stellten, dann sei dies ein Zeichen von Unverschämtheit und 17 Prozent empfinden dies als Zeichen von Undankbarkeit. Die Ambivalenz findet ihren Ausdruck vor allem in den Haltungen zu politisch diskutierten Themen um strukturelle, kulturelle, sozial-räumliche und symbolische Anerkennung und Partizipation: So sind 69 Prozent der Bevölkerung für den islamischen Religionsunterricht. Gleichzeitig wollen aber 60 Prozent der Befragten die Beschneidung von Jungen verbieten. Beinahe die Hälfte aller Deutschen (49 Prozent) findet, dass Lehrerinnen das Tragen des Kopftuch nicht erlaubt sein sollte und 42 Prozent möchten den Bau von Moscheen einschränken.

Insofern scheint es offensichtlich ein mangelndes Bewusstsein für das zu geben, was in der Verfassung laut Artikel 4 als Grundrecht verankert ist, nämlich Religionsfreiheit, die Freiheit der Ausübung und das Recht, ein Gotteshaus bauen zu dürfen und nicht behindert zu werden in der Ausübung seiner Religion. Gleichzeitig konnten wir erkennen – die Debatte ist grade seit gestern wieder hochaktiv, im Dezember über die ganze Weihnachtszeit war sie sehr aktiv –, dass in der Bevölkerung eine sehr große Zustimmung herrscht, dass man die Einführung eines Gesetzes befürwortet, das regelt, wie man Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet. Ein großer Teil der Bevölkerung ist der Meinung, dass das geschehen sollte. Die Frage ist aber in der Tat, ob uns das weiterführt, wenn wir Integration immer nur als eine Bringschuld von Minderheiten betrachten wird und wir nicht die Frage stellen, welche Rolle Mehrheiten im Integrationsprozess spielen. Die Debatten um die Fragen der Integrationspflicht kreisen vor allen Dingen um Kernbekenntnisse zu Homosexualität, Geschlechtergerechtigkeit und dem Existenzrecht Israels. Die Frage, über die wir nachdenken könnten, gemeinsam, ob es nicht vielleicht sinnvoll wäre, statt über eine einseitige Integrationspflicht eher über etwas wie einen gemeinsamen

Integrationsvertrag nachzudenken, den wir, jeder Einzelne von uns, auch mit unterschreiben. Denn die Frage ist in der Tat, ob es nicht bestimmte Kernpunkte gibt, die wir verfassungsrechtlich festgelegt haben, an die wir uns alle halten müssen, und ob wir dieses Bekenntnis nicht erinnern und erneuern durch einen Integrationsvertrag, zwischen uns allen und dem Staat. Artikel 1 sagt, die Würde des Menschen ist unantastbar. Wenn es einen Gleichheitssatz laut Artikel 3 gibt, dann müssen wir uns die Frage stellen, wie können wir zulassen, dass es so starke Repräsentationslücken in der Bevölkerung gibt, was die Repräsentation dieser 20 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund in beruflichen Positionen angeht. Wir könnten die ganzen Verfassungssätze durchgehen und sagen, wir müssten eigentlich gar nicht wirklich etwas Neues entwerfen, es würde vielleicht ausreichen, sich zu vergegenwärtigen, was in der Verfassung drinsteht und wie viel Verfassungsdistanz es eigentlich innerhalb der Bevölkerung gibt, die schon hier ist. Und diese Frage, die Frage nach dem gemeinsamen Integrationsvertrag, würde sich dann sehr viel deutlicher stellen, und danach, ob wir prospektiv auf eine Gesellschaft schauen wollen, die wir gemeinsam integrativer und inklusiver gestalten.

### **3. Leitbild der postmigrantischen Gesellschaft**

Das Einwanderungsland Deutschland befindet sich derzeit in einem Prozess, in welchem Zugehörigkeiten, nationale (kollektive) Identitäten, Partizipation und Chancengerechtigkeit postmigrantisch, also *nachdem* die Migration erfolgt und nun als unumgänglich anerkannt worden ist, nachverhandelt und neu justiert werden. Das Präfix "post" steht dabei nicht für das Ende der Migration, sondern beschreibt gesellschaftliche Aushandlungsprozesse die in der Phase *nach* der Migration folgen. Als postmigrantisch können jene Gesellschaften bezeichnet werden, in denen: (a) Einwanderung und Auswanderung als Phänomene erkannt werden, die das Land massiv prägen und die diskutiert, reguliert und ausgehandelt, aber nicht rückgängig gemacht werden können, (b) der gesellschaftliche Wandel in eine heterogene Grundstruktur politisch erkannt worden ist („Deutschland ist ein Einwanderungsland“)

– ungeachtet der Tatsache, ob diese Transformation positiv oder negativ bewertet wird, (c) Strukturen, Institutionen und politische Kulturen *nachholend* (also postmigrantisch) an die erkannte Migrationsrealität angepasst werden, was mehr Durchlässigkeit und Aufstiege, aber auch Abwehrreaktionen und Verteilungskämpfe zur Folge hat.

Migration ist zum Alltag einer deutschen Gesellschaft geworden, in der jeder dritte Bürger Migrationsgeschichten als familialen Bezugspunkt aufweist. Vor allem die deutschen Großstädte sind immer heterogener geworden, was sich in Schulen, Kindertagesstätten oder im Stadtbild widerspiegelt. Städte wie Frankfurt am Main haben bereits einen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund unter sechs Jahren von 75,6 Prozent, Augsburg 61,5 Prozent, München 58,4 Prozent und Stuttgart 56,7 Prozent. Nennen wir sie doch einfach „Neue Deutsche“, forderten drei Journalistinnen im Jahr 2012 (vgl. Bota/Pham/Topçu 2012). Derartige Bemühungen um neue Bezeichnungspraxen sind im öffentlichen Bewusstsein jedoch kaum präsent. „Ausländer“, „Migranten“ oder „Menschen mit Migrationshintergrund“ sind weiterhin die gängigsten Bezeichnungen für all jene, die aufgrund ihres Aussehens als nicht-deutsch wahrgenommen werden, unabhängig davon, wie lange sie schon in diesem Land leben oder ob sie überhaupt jemals nach Deutschland migriert sind. Die empirische Realität ist also noch nicht in eine narrative Neudeutung übergegangen, in welcher das Deutsche selbstverständlich als heterogen und plural wahrgenommen wird.

Allerdings nehmen Eingewanderte und ihre Nachkommen zunehmend für sich in Anspruch, das kollektive Narrativ mitzuprägen. Sie partizipieren als Politiker auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene an Gesetzgebungsprozessen, beeinflussen als Journalisten die öffentliche Meinung und lassen sich zu Lehrern ausbilden, auch wenn immer noch in allen Fällen eine große Repräsentationslücke besteht. Dass Migranten und ihre Nachkommen immer noch nicht entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung repräsentiert werden, zeigt sich in verschiedenen

gesellschaftlichen Bereichen. Obwohl 20 Prozent der Bevölkerung Deutschlands einen Migrationshintergrund aufweisen, haben:

- gerade einmal zehn Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten eine Migrationsgeschichte (vgl. OECD 2012),
- geschätzte zwei Prozent der Journalisten (vgl. Kotte 2009),
- die Räte deutscher Städte vier Prozent (vgl. Schönwälder/ Sinanoglu/ Volkert 2011),
- Beschäftigte in Führungspositionen deutscher Stiftungen neun Prozent (in den 30 größten Stiftungen nur drei Prozent) (vgl. Migazin 2014),
- bei einem Anteil von ca. einem Drittel der Kindern zwischen 5 und 15 Jahren nur ca. sechs Prozent der Lehrer einen Migrationshintergrund (vgl. Georgi/ Ackermann/ Karakaş 2011),
- nach der Bundestagswahl 2013 gerade einmal 37 von 631 Parlamentariern eine Migrationsgeschichte: der Anteil der Bürgervertreter mit Migrationshintergrund liegt somit bei weniger als sechs Prozent (vgl. Mediendienst Integration 2013),
- und bei Migranten mit Universitätsabschluss liegt die Beschäftigungsquote laut einer OECD-Studie mehr als zwölf Prozent unter derjenigen von Nicht-Migranten mit Universitätsabschluss (vgl. OECD 2012).

Diese Repräsentationslücken müssen in einer postmigrantischen Gesellschaft ausgehandelt und behoben werden. In diesem Fall muss der beschriebene ausgeweitete Integrationsbegriff genutzt werden, welcher die Repräsentationslücken als Integrationsdefizit der Gesellschaft adressiert, an deren Behebung nun gemeinsam gearbeitet werden muss, wofür strukturelle Veränderungen und Öffnungen notwendig werden. Zu etabliert ist noch der Gedanke, dass es sich hierbei um verfehlte Integrationsbemühungen der Migranten handelt. Postmigrantische Gesellschaften sind Aushandlungsgesellschaften. Die etablierten kulturellen, ethnischen, religiösen und nationalen Eliten müssen lernen, dass Positionen, Zugänge, Ressourcen und Normen neu ausgehandelt werden. Alle Seiten müssen sich diesem Aushandlungsprozess öffnen – das heißt auch für die „Etablierten“, dass sie sich an diese

Aushandlungsgesellschaft gewöhnen und sich in diese postmigrantische Struktur integrieren müssen. Die neuen Aufgaben der Gesellschaft müssen in einer politischen Kommission definiert werden. Sonst bleibt das Einwanderungsland Deutschland Makulatur.

## **Literatur:**

Bota, Alice/ Pham, Khuê/ Topçu, Özlem. 2012: Wir neuen Deutschen. Was wir sind, was wir wollen. Rowohlt Verlag: Reinbek.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 2016. Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2014. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler Elmar. 2014. Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Leipzig: Universität Leipzig.

Foroutan, Naika/ Canan, Coskun/ Arnold, Sina/ Schwarze, Benjamin/ Beigang, Steffen/ Kalkum, Dorina. 2014. Deutschland postmigrantisch I: Gesellschaft, Religion, Identität. Erste Ergebnisse. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.

Georgi, Viola B./ Ackermann, Lisanne /Karakas, Nurten. 2011. Vielfalt im Lehrerzimmer. Selbstverständnis und schulische Integration von Lehrenden mit Migrationshintergrund in Deutschland. Münster: Waxmann Verlag.

Haug, Sonja, Stephanie Müssig, and Anja Stichs. 2009. Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Kotte, Hans-Hermann. 2009. Journalisten mit Migrationshintergrund. Der andere Blick. In: Frankfurter Rundschau, 27.01.2009. Online abrufbar unter: <http://www.fr-online.de/medien/journalisten-mit-migrationshintergrund-der-andere-blick,1473342,3168172.html> (25.08.2016).

Mediendienst Integration. 2013. Politische Partizipation. Vielfalt im Kabinett als Ansporn. In: Mediendienst Integration, 19.12.2013. Online abrufbar unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/politische-partizipation-interkulturelle-oeffnung-parteien-abgeordnete.html> (25.08.2016).

Migazin. 2014. Studie. Kaum interkulturelle Vielfalt in Stiftungen. In: Migazin, 02.06.2014. Online abrufbar unter: <http://www.migazin.de/2014/06/02/studie-kaum-interkulturelle-vielfalt-in-stiftungen/> (25.08.2016).

OECD. 2012. Integration von Zuwanderern: OECD Indikatoren 2012.

Schönwälder, Karen/ Sinanoglu, Cihan/ Volkert, Daniel. 2011. Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Statistisches Bundesamt. 2016. Nettozuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2015 bei 1,1 Millionen. Pressemitteilung Nr. 105, 21.03.2016.